



Winfried Nachtwei
Mitglied des Deutschen Bundestages
Sicherheitspolitischer Sprecher
Stellv. Fraktionsvorsitzender

✉ Winfried Nachtwei, MdB · Deutscher Bundestag · 11011 Berlin ♦

Bündnis 90/ Die Grünen
Deutscher Bundestag
11011 **Berlin**
Unter den Linden 50

Daphné Lucas
Tel: (030) 227 – 72 567
Tobias Münchmeyer
Tel: (030) 227 – 71 555
Fax: (030) 227 – 76 016
email:
winfried.nachtwei@bundestag.de

Wahlkreisbüro
Bremerstr. 54
48155 **Münster**
Angelika Farwick-Hajek
Tel: (0251) 66 22 80
Fax: (0251) 66 22 96
<http://www.nachtwei.de>
email:
winfried.nachtwei@wk.bundestag.de

Berlin, 26.10.2004

**Zur Forderung von Friedensverbänden,
das ISAF-Mandat für die Bundeswehr nicht zu verlängern:
„Nur zivile Kooperation kann in Afghanistan helfen“ vom 1. Oktober 2004**

Liebe Freundinnen, liebe Freunde,

leider hat sich meine Antwort auf Eure Stellungnahme durch plötzliche andere Ereignisse verzögert. Da aber die Frage von Frieden und Stabilisierung in Afghanistan einige Wochen nach der Bundestagsentscheidung keineswegs inaktuell geworden ist, schreibe ich Euch wenigstens jetzt.

Im Auftrag verschiedener Friedensverbände (u.a. Bund für Soziale Verteidigung, DFG-VK, Versöhnungsbund, Kasseler Friedensratschlag) konstatieren das Komitee für Grundrechte und Demokratie und die deutsche Sektion der IPPNW den Fehlschlag der militärischen Befriedung Afghanistans, fordern den Abzug deutscher Militärkontingente und plädieren für eine Politik ziviler Kooperation mit friedenswilligen Kräften in Afghanistan.

Die Erklärung traf einen Tag nach der Bundestagsdebatte zur Verlängerung des ISAF-Mandats bei uns ein und konnte deshalb in Berlin nicht mehr rechtzeitig zur Kenntnis genommen zu werden. Da es hier aber um Friedenspolitik in einem langjährigen Kriegsgebiet geht, das für die internationale Sicherheit von herausragender Bedeutung ist, ist unabhängig vom unmittelbaren Anlass eine Replik auf die Erklärung angebracht. Ich will die Auseinandersetzung um die Erklärung, weil ich den Friedenswillen der UnterzeichnerInnen kenne und ernst nehme und umso mehr bestürzt bin über ihre Schlussfolgerungen. Nüchtern ist aber auch festzustellen, dass eine Erklärung dieser Art die allermeisten PolitikerInnen in Berlin – insbesondere die mit Afghanistan befassten - gar nicht mehr erreicht. Und das liegt keineswegs einfach daran, dass jetzt alle in der „militärischen Logik“ gefangen wären.

Die grundsätzliche Intention der Erklärung gegen ausländische Bevormundung in Afghanistan und für den Primat ziviler Konfliktbearbeitung und Kooperation bei der Friedensförderung teile ich. Ebenfalls teile ich die Kritik an der unzureichenden Ressourcenausstattung der Zivilen Konfliktbearbeitung im Vergleich zum Militär. Danach beginnt aber schon der Dissens.

Die Beurteilung der Lage in Afghanistan und der Politik verschiedener Akteure empfinde ich als ausgesprochen pauschal und realitätsfern. Die politischen Forderungen beanspruchen, einen stabilen Frieden zu fördern. In die Tat umgesetzt hätten sie aber den schnellen Zusammenbruch des VN-mandatierten Stabilisierungsprozesses und eine beschleunigte Rückkehr alter Gewalttäter und Kriegstreiber zur Folge. Die Wahlen vom 9. Oktober, die mit ihrer überwältigenden Wahlbeteiligung trotz aller Gewaltdrohungen ein Votum gegen die alte Gewaltherrschaft waren, wären nicht möglich gewesen.

Unbestreitbar herrscht in Afghanistan noch kein Frieden. Allerdings ist die Sicherheitslage in verschiedenen Landesteilen sehr unterschiedlich: Sie ist unfriedlich und stellenweise kriegerisch im Südosten Richtung pakistanische Grenze, sie ist viel ruhiger im Norden, Südwesten und Kabul. Die Behauptung aber, die „militärische Befriedung des Landes ist fehlgeschlagen“, ist doppelt falsch – hinsichtlich des Anspruchs und hinsichtlich der Wirkung: Militär kann grundsätzlich keinen Frieden schaffen, sondern bestenfalls offene Kriegsgewalt eindämmen und beenden. Bezüglich Gewaltein-dämmung ist Enormes geschafft worden: Afghanistan ist nicht mehr der Ausbildungs- und Rückzugsraum Nr. 1 für internationale terroristische Kämpfer; das Taliban-Regime ist gestürzt; in Teilen des Landes – und nicht nur in Kabul – gibt es nach 23 Jahren Krieg und Bürgerkrieg Wiederaufbau, einen Alltag ohne Kriegsgewalt.

Wer einmal die Kriegszerstörungen in Kabul und anderswo sah, wer Siba Shakibs „Nach Afghanistan kommt Gott nur noch zum Weinen“ gelesen hat, wer um die mehr als drei Millionen – vor allem nach Kabul und in die Kunduz-Region - zurückgekehrten Flüchtlingen weiß, sieht und spürt, was sich inzwischen doch alles verbessert hat.

Mir ist unbegreiflich, wie man diese realen Fortschritte für viele Menschen im Vergleich zur Kriegszeit einfach so beiseite wischen kann!

Die VN-mandatierte multinationale ISAF-Truppe hat zu diesen partiell erheblichen Fortschritten maßgeblich beigetragen. Mit ihrem ausdrücklichen Assistance-Ansatz ist sie ganz und gar keine Besatzungstruppe, sondern in der Bevölkerung hoch angesehen. Wäre diese militärisch vergleichsweise schwache Truppe eine Besatzungsarmee, könnte sie im Chaos von Kabul keinen Tag überleben. Anders sieht es mit der US-geführten Operation Enduring Freedom aus: In der Anfangsphase gelang ihr der Sturz des Taliban-Regimes zusammen mit der Nordallianz. Inzwischen wird OEF zwiespältig wahrgenommen. Ihre Soldaten bewegen sich im Land zum Teil wie Besatzungstruppen.

Dass der deutsche ISAF-Beitrag die deutsche Nichtteilnahme am Irak-Krieg kompensiere, ist keineswegs ein „inoffizielles Argument“, sondern eines der Opposition, das diese immer wieder in denunziatorischer Absicht wiederholte. Es ist ausdrücklich falsch: Die deutsche ISAF-Beteiligung datiert seit dem Dezember 2001 und ist eindeutig – auch die Ausweitung auf die Region Kunduz - aus dem Bedarf in Afghanistan und dem Beschluss des VN-Sicherheitsrats abgeleitet. (In der Öffentlichkeit ist kaum bekannt, dass die Koalitionsfraktionen schon im November 2001 per Bundestagsbeschluss ausdrücklich eine Ausweitung des Antiterrorkampfes auf den Irak ablehnten.)

Eine Fortsetzung, Ausweitung und Verstärkung des ISAF-Einsatzes wurde seit Mitte 2003 vom VN-Generalsekretariat, von der afghanischen Regierung, von 89 internationalen NGOs gefordert. Sie war unabdingbar notwendig für den Stabilisierungs- und Friedensprozess, aber selbstverständlich nicht hinreichend.

Deshalb gehört zum internationalen und deutschen Unterstützungskonzept die Förderung des Staatsaufbaus und der Zivilgesellschaft, insbesondere die Stärkung der Frauenrechte, die Aufbauhilfe bei Infrastruktur, Schul- und Bildungswesen. Hier gibt es tolle Fortschritte, die vor drei Jahren niemand für möglich gehalten hätte. Hier gibt es noch unglaublich was zu tun. Hier müsste in vielen Regionen mehr getan werden.

Ein Abzug des deutschen Kontingents wäre der Rückzug desjenigen Landes aus dem multilateral vereinbarten Prozess, das mit seinen politischen Initiativen (Bonn-Prozess) und praktischen Beiträgen vergleichsweise vorbildlich zur Stabilisierung Afghanistans beiträgt – und bei der afghanischen Bevölkerung einen hervorragenden Ruf hat. Er hätte eine destruktive Signalwirkung und würde das Sicherheitsgerüst von ISAF zum Einsturz bringen, Wahlen unmöglich machen. Ohne die Rückendeckung von ISAF würde die sowieso schon sehr schwierige Reform des Sicherheitssektors (Polizei- und Armeeaufbau, Entwaffnung, Aufbau von Drogenbekämpfungskapazitäten) zusammenbrechen, würde die immer noch schwache Zentralregierung schnell zwischen Warlords und zentrifugalen Kräften einerseits und Taliban, Al-Qaida-Resten und anderen bewaffneten Gruppen andererseits zerrieben. Ohne Eindämmung dieser Gewaltakteure und Terrorgruppen ist alles andere nichts, ist zivile Konfliktbearbeitung bestenfalls auf kleinsten „Grwaswurzel-Inseln“ möglich, aber insgesamt völlig chancenlos.

Die Friedensverbände unterschätzen völlig die Gewaltpotentiale in der zerrissenen afghanischen Gesellschaft, ihre Gewaltbereitschaft, ihre Gewaltmittel, ihre gewaltträchtigen Konflikte. Wie soll kurzfristig relativer Schutz gegenüber Gewaltakteuren gewährleistet, wie ein einigermaßen rechtsstaatliches Gewaltmonopol aufgebaut werden? Wie sind Gewalteinämmung und Friedensförderung zu schaffen? Diesen Schlüsselfragen müssen sich auch die unterzeichneten Friedensverbände endlich stellen. Weichen sie ihnen länger aus, bleibt alle sonstige Kritik wohlfeil.

Auffällig ist die ausdrückliche VN-Ferne der Erklärung: Völlig negiert wird, dass die Stabilisierung und Friedensförderung in Afghanistan von den Vereinten Nationen mandatiert und unterstützt wird und dass sich ein nicht unwichtiges VN-Mitglied wie die Bundesrepublik nicht einfach einseitig aus diesem Prozess verabschieden kann. Die Friedensverbände fordern das aber – und reden damit einer anderen Art von destruktivem Unilateralismus das Wort, ausdrücklich nichtmilitärisch, aber indirekt gewaltfördernd.

Friedenspolitische und pazifistische Ansätze verfolgen immer wieder einen weitsichtigen Realismus. Ich weiß um den Totschlagvorwurf „unrealistisch“ und „naiv“ so mancher nur vermeintlicher Realisten gegen solche Ansätze. Diese Erklärung tut aber leider viel, solche Vorurteile zu bestätigen. Offenbar versperrt eine pauschal anti-militärische Fixierung den Blick für Konfliktrealitäten und Handlungsmöglichkeiten. Es drängt sich der Eindruck auf, dass konkrete Afghanistan-Erfahrungen bei den UnterzeichnerInnen der Erklärung keine Rolle gespielt haben können. Indem die Erklärung den innovativen Ansatz ziviler Krisenprävention und Konfliktbewältigung verabsolutiert, beraubt sie ihn seiner Realitätstüchtigkeit. Unserem gemeinsamen Interesse und Bemühen, die Fähigkeiten der zivilen Konfliktbewältigung zu stärken, wird damit ein Bärendienst erwiesen.

Außen- und Sicherheitspolitik braucht den Ein- und Widerspruch von Friedensbewegung, erst Recht dann, wenn die Politik - wie Rotgrün - den Anspruch von Friedenspolitik erhebt. Deshalb brauchen wir die Auseinandersetzung um die Erklärung der Friedensverbände unabhängig davon, wie diskutabel oder abwegig sie den Berliner PolitikerInnen erscheint. Insofern danke ich Euch trotz alledem für Euren Einspruch.

In Anlage füge ich meine Berichte von Kabul (August 2003), Kunduz und Feyzabad (Januar und September 2004) sowie meinen Kommentar zum Aktionsplan Krisenprävention bei. (www.nachtwei.de)

Mit besten Grüßen

Winni Nachtwei